

beiliegend

3

4 und 5

7

In dieser Ausgabe finden Sie die Einladung zum FUB-Informationsanlass vom 12. Juni 2025.

Eine kleine Gemeinde aus dem Oberbaselbiet möchte die Finanzierung der Uni auf neue Beine stellen.

FUB-Jahresversammlung: Neuer Vorstand, roter Abschluss und danach ein spannendes Podium.

Neue Höchstmarke bei den Eingeschriebenen, ein Defizit im Budget und mehr rund um den Petersplatz.

Die Universität Basel blickt auf ein ereignisreiches Halbjahr zurück

Washington – Dreispitz – Rünenberg



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andrea Schenker-Wicki, die Rektorin der Universität Basel, gratuliert am Dies academicus den Trägerinnen und Trägern der Fakultätspreise.

Natürlich ist es nichts mehr als eine journalistische Spielerei in den ereignisarmen Tagen um die Jahreswende: Prof. Dr. Andrea Schenker-Wicki, die Rektorin der Universität Basel, wird in einem Rückblick auf das vergangene Jahr als eine von fünf «Verliererinnen und Verlierer des Jahres» aufgelistet. Als Gründe dafür werden die propalästinensischen Besetzer vor einem Jahr, die beiden eben wieder aufgetauchten Fälle von sexuellen Übergriffen sowie die schwierigen Verhandlungen mit dem Trägerkanton Basel-Stadt genannt.

Als ob es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, verkündete die Regierung in Liestal einen Tag nach dem 1. April: Sie möchte das Bauprojekt der Universität auf dem Dreispitz aufgrund der laufenden Gespräche zur künftigen Uni-Finanzierung ab 2030 vorerst nicht vorantreiben. Zudem erfülle der aktuelle Standort die Bedürfnisse der Wirtschaftswissenschaftlichen und Juristischen Fakultäten «vorerst ausreichend», andere Investitionsvorhaben der Universität seien dringlicher.

Die Absage an das Projekt, das aus dem Trägerkanton Baselland gemacht hätte, kam für alle überraschend, selbst für die Uni und die Basler Regierung. Der Standort Dreispitz sei damit aber nicht gestorben, betont die Baslerbieter Regierung.

Nach der wider Erwarten höchst positiven Rechnung, die kürzlich in Liestal präsentiert wurde, und dem damit wohl abgewendeten Ausstieg des Trägerkantons aus dem Universitätsvertrag schienen sich zumindest die finanzielle Lage und damit die Diskussionen zur Uni-Finanzierung etwas zu entspannen. Wir erinnern uns: Noch im Oktober verweigerte der Baslerbieter Landrat im Glauben zu verarmen noch einen höheren Beitrag an das Schweizerische Tropen- und Public Health-Institut einstimmig, während kurz darauf Basel-Stadt diese Erhöhung ebenso klar gewährte. Finanziell fällt die Differenz mit 178'00 Franken klein aus, politisch aber ist sie umso grösser.

(Fortsetzung Seite 2)

editorial



Marcel Tanner
Präsident
FUB

Das Wohlbefinden der Gesellschaft

Wir hoffen, Sie konnten das neue Jahr trotz der schwierigen, komplexen aktuellen geopolitischen Lage bestens beginnen, und wünschen Ihnen viel Kraft beim Verfolgen Ihrer Ziele in einer Zeit der vielen tiefgreifenden Auswirkungen auf die globale Sicherheit, Wirtschafts- und Energiemärkte sowie vor allem auch internationale Allianzen und Zusammenarbeit.

Die Universität bleibt von diesen fragilen und unbeständigen Situationen und der rasanten Entwicklungen neuer Technologien, insbesondere auch der breiten Anwendung der künstlichen Intelligenz, weder national noch international verschont. Die Erneuerung des Universitätsvertrags zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft bietet auch für uns im laufenden Jahr besondere Herausforderungen, die uns gemäss unserem Mandat zu einer noch stärkeren Partnerschaft und Abstimmung mit der Universität verpflichten.

Ist der Vorschlag des neuen Vertrags einmal öffentlich, dann gilt es für uns auf individueller Ebene in unseren Netzwerken sowie auch institutionell den neuen Vertrag unterstützend durch die politische Diskussion bis hin zur

(Fortsetzung Seite 2)

(Fortsetzung Editorial)

Zustimmung durch beide Parlamente zu begleiten.

Vorbereitend dazu haben wir im vergangenen Jahr mit einer gezielten Aktion viele neue, strategisch gewichtige FUB-Mitglieder gewinnen können, bei uns mitzuwirken. Zudem haben wir mit den Anlässen 2024 zusammen mit der Universität sowie gemeinsam mit der FAG und den Alumni umfassend informiert, diskutiert und uns so auch auf das aktuelle Jahr vorbereitet, um gerade in den kommenden Monaten der Universität auf vielen Ebenen effizient dienen zu können. Die vor Ihnen liegende Ausgabe des UniPlus fasst die Anstrengungen und Vorbereitungsarbeiten der letzten Monate zusammen.

Wir werden mit unseren Aktivitäten erfolgreich sein, wenn wir uns – wie schon mehrfach unterstrichen – nicht nur auf die Universität konzentrieren, sondern die Universität stets auch als wichtige Determinante unseres sozialen und damit auch wirtschaftlichen Gewebes verstehen. Das bedeutet schliesslich auch das Sichern des Wohlbefindens unserer Gesellschaft. Der neue Universitätsvertrag wird diesen Kontext bestimmt klar reflektieren und damit breit die Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Akteuren sowie der Gesellschaft einbeziehen.

Es ist dieses Verständnis der Partnerschaft unserer Universität, dass das Umsetzen der Strategie 2022-2030 zum Erfolg trägt, wie das unter anderem auch an der Mitgliederversammlung unseres Fördervereins Universität Basel vom 5. Dezember 2024 mit der Universität deutlich wurde: Die Halbzeitbilanz zeigte eine planmässige Umsetzung sowie in verschiedenen Bereichen ein Übertreffen der Pläne. Das ist der Ausblick, der uns motiviert, uns im und mit dem FUB für unsere Universität und unsere Gesellschaft weiter konsequent einzusetzen. Ich freue mich auf diese gemeinsamen Schritte und danke Ihnen für das Miteinander.

(Fortsetzung von Seite 1)

Weit härter getroffen wird das «Tropeli», das der Universität angegliedert ist, vom Austritt der USA aus der WHO und ihren eingestellten Bezahlungen an die USAID. Ein Jahr zuvor hat das Baselbieter Parlament bereits seinen Beitrag an das Friedensinstitut «Swisspeace» von Prof. Dr. Laurent Goetschl verweigert. Der Friedensforscher wurde zum neuen Dekan der historisch-philosophischen Fakultät gewählt, was ebenfalls Schlagzeilen auslöste.

Selbst Rünenberg, eine kleine Gemeinde im Oberbaselbiet, schaltete sich in die Diskussionen um die Uni-Finanzierung ein. Angesichts des Spardrucks in Kanton und Gemeinden forderte sie das Ende des Modells mit den beiden Trägerkantonen. Mit ihrem Vorschlag, alle Kantone sollen sich anteilmässig gleich stark beteiligen, überzeugte der Gemeinderat die Basler Nationalrätin Katja Christ, die darauf beim Bundesrat einen Vorstoss deponierte.

Um den Jahreswechsel folgten auch positive Nachrichten: Am Petersplatz konnte die Medienstelle einen neuen Höchststand an Studierenden vermelden, und seit Jahresbeginn können Schweizer Forscherinnen und Forscher finanziell wieder vom Horizon-Programm profitieren, von dem sie die EU ausgeschlossen hat, um so Druck auf die Verhandlungen auszuüben.

Unterdessen ist die Wissenschaft auch auf einem anderen Feld zum Spielball der Politik geworden. Mit Sätzen wie «wir müssen die Universitäten in diesem Land offen und aggressiv attackieren» haben US-Präsident Donald Trump und seine Vize D. J. Vance bereits im Wahlkampf signalisiert, gegen missliebige Universitäten und allgemein gegen die Wissenschaft vorzugehen. Nun lassen sie erste Taten folgen. Wegen antisemitischer Proteste der Studentenschaft strich der Präsident im vergangenen Monat der Columbia University in New York kurzerhand 400 Millionen Dollar an Zuschüssen, bis die Präsidentin einknickte, viele Protestierende von der renommierten Schule wies und ein strengeres Vorgehen versprach. Ähnliches droht der University of Pennsylvania, weil sie in ihrem Schwimmteam eine Transgender-Person mitmachen liess.

Auch die Schweiz inklusive die Universität Basel ist von dieser Attacke auf Bildung und Forschung betroffen. Wie die «NZZ am Sonntag» herausfand, verschickte die Trump-Administration weltweit Fragebögen

an Universitäten, in denen es um Diversität, Gleichstellung, Klima und Umwelt geht. Das sind alles Themen, die der neue US-Präsident von den Hochschulen verbannen will. Die ETH Zürich und die EPFL in Lausanne, die im vergangenen Jahr aus der USA 2,5 beziehungsweise 1,2 Millionen Franken an Fördergeldern erhielten, zählen zu den Empfängern dieser Post. An der Universität Basel, an der gegenwärtig fünf Projekte mit US-Geldern unterstützt werden, ist der berühmte Fragebogen nicht eingetroffen. Da ist es ein kleiner Trost, dass zunehmend mehr Forschende wegen des neuen Klimas die USA verlassen wollen und, auch, in der Schweiz vorstellig werden. Gemäss Matthias Geering, dem Leiter der Kommunikation an der Universität Basel, haben entsprechende Anfragen aus den USA nicht signifikant zugenommen. Es werde aber bewusst darauf verzichtet, «exzellente Forschende gezielt abzuwerben», was sich nicht von allen Hochschulen in der EU sagen lässt.

Matthias Geering betont gegenüber «Uni-PLUS» auch, dass sein Haus wohl sehr zurückhaltend sei, wenn geopolitische Entwicklungen kommentiert würden, es aber umgekehrt erwünscht sei, dass sich Forschende in ihrem Fachgebiet faktenorientiert äussern. Man bemühe sich, weiterhin mit Fachkolleginnen und -kollegen aus den USA zusammenzuarbeiten. Aber, so Matthias Geering: «Der Vertrauensverlust in das US-Forschungssystem ist gross, und andere forschungsstarke Länder werden sicher davon profitieren.»

Luciana Vaccaro, die Präsidentin der Rektorenkonferenz der Schweizer Hochschulen, befürchtet, dass die US-Regierung das Niveau der Forschung bewusst senken möchte, und betont: «Die Wissenschaft ist keine politische Partei. Sie basiert auf Fakten.» Im Gegensatz zu Basel haben die ETH und die EPFL beschlossen, sich fortan auf ihren Kernauftrag Forschung, Lehre und Wissensvermittlung zu fokussieren, und ernten dafür auch Kritik.

Auch Prof. Dr. Antonio Loprieno, der frühere Rektor der Universität Basel und Professor für Geschichte der Institutionen, liess sich zum Thema vernehmen. In der «Aargauer Zeitung» wird er mit dem Satz zitiert: «Wer es sich leisten kann, sollte sich nicht einschüchtern lassen, und ich gehe davon aus, dass sich das die Schweizer Universitäten leisten können.» Und er fügt an: «Früher sind Wissenschaftler ins freie Land Amerika geflüchtet – jetzt passiert das Gegenteil.»

jg

Brisanter Vorschlag aus dem Oberbaselbiet zur Finanzierung der Universität Basel

Rünenberg will die Kosten «fair» auf alle Kantone verteilen



GLP-Nationalrätin Katja Christ

800 Einwohnerinnen und Einwohner zählt Rünenberg. Das Dorf liegt auf einem Jura-Hochplateau ganz im Osten des struktural und finanzschwachen Oberbaselbiets und teilt sich seit Jahren mit seinen Nachbarn Zeglingen und Kilchberg die Gemeindeverwaltung. Man spart, wo man kann. Als beschaulich hätte man das Dorf bezeichnen können, hätte der fünfköpfige Gemeinderat im Februar nicht mit einem höchst brisanten Vorschlag zu einer neuen Finanzierung der Universität Basel aufgewartet. Mit einem neuen Modell sollen der Landkanton und damit indirekt auch die Gemeinden finanziell entlastet werden.

Zuvor war die SVP im Baselbieter Parlament mit den Forderungen, das Angebot der Uni Basel auf «profitable» Fächer zu reduzieren und, später, den Universitäts-Vertrag mit Basel-Stadt aufzukündigen, erfolglos geblieben. Darauf wartete im Februar die Gemeinde Rünenberg mit einem neuen Ansatz auf, die Kosten für den Trägerkanton zu reduzieren: Alle Kantone sollen in Zukunft die Vollkosten für ihre Studierenden selber tragen und

sich zudem beim Begleichen des Restdefizits anteilmässig beteiligen. «Seit Inkrafttreten des Vertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel im Jahr 2007 bezahlt Baselland die Vollkosten seiner Studierenden und einen grossen Anteil an das Restdefizit», schreibt Gemeindepräsident Thomas Zumbrunn am 20. Februar in der Sissacher Regionalzeitung «Volksstimme». Zumbrunn ist parteilos, studierte einst selber in Basel Biologie und betont, dass der gemeinderätliche Vorschlag die Universität keinesfalls schwächen soll. Er rechnet vor: Basierend auf der Interkantonalen Universitätsvereinbarung zahlen die beiden Basel pro Jahr und Student rund 70'000 Franken, die anderen Kantone indes lediglich 15'000 Franken. Zudem, so Zumbrunn, habe Baselland seit dem 1. Januar 2007 über eine Milliarde Franken für die Restdefizite der Universität aufgewendet. Wären die Kosten auf alle Kantone fair verteilt, so würde Baselland jährlich 60 Millionen Franken einsparen. Baselland stellt in Basel die höchste Zahl Studierender (s. Seite 7).

Mit dem politischen Mittel einer Gemeindeinitiative möchte Rünenberg dieses Ziel erreichen. Vier weitere Gemeinden müssen sich hinter die Initiative stellen. Wird sie für gültig erklärt, muss der Landrat eine Vorlage ausarbeiten, damit es der Vorstoss ins Berner Parlament schafft. Doch dieser Weg ist weit, sehr weit. Der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) reagierte postwendend und empfiehlt den Gemeinden dringend, die Initiative nicht zu unterstützen. Die Frage, wie die Hochschulen finanziert werden sollen, liege «nicht in der Kompetenz der Gemeinden», schreibt der

VBLG auf seiner Website. Der Universitätsvertrag sei Sache der Regierung. Als langjähriges Mitglied der Bildungs- und Wissenschaftskommission WBK-S kennt die Baselbieter Ständerätin Maya Graf die Hochschulpolitik auf Bundes- und Kantonsebene bestens. Sie habe «mit Staunen» vom Vorhaben des Rünenberger Gemeindepräsidenten Kenntnis genommen, schreibt sie in einer Stellungnahme. Und weiter: «Das Thema ist keineswegs neu. Auf Bundesebene sind bis jetzt alle Anläufe gescheitert, die Nicht-Universitätskantone dazu zu verpflichten, mehr für ihre Studierenden zu bezahlen. Denn sie stellen die Mehrheit.» Graf bezeichnet die Initiative als kontraproduktiv für den Universitätsstandort Basel, und das erst noch in einer Zeit, in der das Entlastungsprogramm des Bundes für die Hochschulen ohnehin schwer verkraftbare Kürzungen vorsehe. «Der Initiativvorschlag geht an den politischen Realitäten vorbei», schreibt sie.

Doch die Idee erfährt auch Unterstützung. SVP-Landrat und Fraktionspräsident Markus Graf schreibt in einem Meinungsbeitrag von einem «ungewöhnlichen, aber gangbaren Weg». Der Namensvetter der Ständerätin kritisiert insbesondere den VBLG, der eigentlich die Interessen der Gemeinden zu vertreten und diese nicht zu bremsen habe, und prangert an, dass ausländische Studierende «fast für ein Butterbrot eine hochstehende Ausbildung geniessen dürfen».

Thomas Zumbrunn wird auch aus dem Stadtkanton prominent unterstützt: von der Basler Nationalrätin Katja Christ. Die Grünliberale ist, analog zur Grünen Maya Graf im Ständerat, Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Sie reichte ein Postulat ein, in dem sie eine nationale Strategie zur gerechten Finanzierung der kantonalen Universitäten fordert. «Wir dürfen trotzdem nicht lockerlassen. Es gab schon mehrfach Situationen, in denen Forderungen aussichtslos erschienen und es trotzdem zu einem Erfolg geführt hat», erwidert Christ bei «Onlinereports» ihrer Kollegin im Stöckli. Maya Graf bezeichnet es gegenüber «UniPLUS» als durchaus sinnvoll, dem Bundesrat diese Frage vorzulegen. «Doch es ändert kurz- und mittelfristig nichts an der prekären finanziellen Situation der Hochschulen in unserer Region Basel», argumentiert sie, «das Hauptproblem sind die geplanten massiven Kürzungen für die Hochschulen, die Forschung und die Berufsbildung im Entlastungspaket.»

In neuem Licht

Am Ende des vergangenen Monats präsentierten die Basler Finanzdirektorin Tanja Soland und tags zuvor ihr Baselbieter Amtskollege Anton Lauber ihre Jahresabschlüsse. Während Basel-Stadt wenig überraschend einen Überschuss von 106 Millionen Franken vermeldete, resultierte in Liestal statt des budgetierten Defizits von 60 Millionen ein satter Gewinn von 157 Millionen Franken. Und nach dem Defizit von 2023 zeichnen sich auch für 2025 auf dem Land erneut schwarze Zahlen ab. «Für einmal ist das Baselbiet reicher als die Stadt», titelte die «Basler Zeitung» ihren entsprechenden Artikel. Gleichwohl muss sich Lauber Vorwürfe gefallen lassen, weil die Politik und die Öffentlichkeit von einer maroden Staatskasse ausgingen. Das überraschende Ergebnis wird sich auch auf die Verhandlungen zur Uni-Finanzierung auswirken, die hinter den Kulissen laufen. Dem Lamento über die hohen Beträge, die aus Liestal an die Universität überwiesen werden, und damit der Forderung, den Uni-Vertrag aufzulösen, fehlt plötzlich die Grundlage.

jpg

jpg

Podiumsgespräch über den Stand der Universität Basel im Anschluss an die FUB-Mitgliederversammlung

Wo die Universität Basel heute steht



Urs Frey und Catherine Alioth befragen Beat Oberlin und Matthias Geering.

Nach der Jahresversammlung des Fördervereins Universität Basel (s. S. 5) vom 5. Dezember ging es nahtlos weiter mit einer detaillierten Darlegung zum Stand der Dinge: «Wo steht die Universität Basel heute?» Auch wenn sich die Weltlage seither gewandelt hat und die Hochschulen, die Forschung und die Bildung weitere Einschnitte erfahren mussten, so äusserten die beiden Podiumsteilnehmer Dr. Beat Oberlin, der Präsident des Universitätsrats, und Matthias Geering, Kommunikationschef der Universität Basel, viele interessante Fakten und Ansichten zur Beschreibung der aktuellen Situation der Universität. Geleitet wurde das Gespräch von Dr. Catherine Alioth, FUB-Vorstandsmitglied und LDP-Grossrätin, sowie Prof. Dr. med. Urs Frey vom Universitäts-Kinderspital beider Basel.

Einzelne Aspekte aus dem Gespräch seien hier festgehalten. Im schweizerischen Wettbewerb nimmt die Uni Basel in drei führenden Rankings (Shanghai Ranking, Times Higher Education Ranking und Leiden Ranking) jeweils Rang 5 ein. An der Spitze besetzen die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich (ETH) und Lausanne (EPF) jeweils die Ränge 1 oder 2, Rang 3 gehört der Uni Zürich. Die drei genannten Ranking-Organisationen stützen sich auf unterschiedliche Kriterien; bei allen spielen aber die Häufigkeit von Publikationen und Zitierungen eine Rolle. Im internationalen Vergleich liegt die Universität Basel bei «Shanghai» auf Rang 95, bei den anderen Rankings auf Platz 123. Auch hier schwingen ETH und EPF mit den Rangplätzen zwischen 11 und 55 obenaus. Was sagen solche Zahlen aus? Matthias Geering

weist auf die Anzahl von weltweit 10'000 erfassten Universitäten: «Unter den ersten hundert zu sein, ist sehr gut.» Ein gutes Ranking ist für die Universitäten mit Image und Prestige verbunden, was wiederum äusserst wichtig für den Zugang zu Finanzmitteln sei.

China auf Überholspur

A propos Finanzmittel: Im Jahr 1991 steckten die USA rund 257 Mrd. Dollar (alle Zahlen in US\$) in Forschung und Entwicklung, 2020 waren es 672 Mrd. In der EU stiegen die entsprechenden Werte von 187 auf 383 Mrd., für China von 13 auf 565 Mrd. China hat seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den knapp 30 Jahren also etwa vervierzigfacht. Nicht erkennbar ist an die-

sen Zahlen, wieviel in Universitäten und wieviel in den privaten Sektor geflossen ist, was aber für das Gesamtbild nicht relevant ist. Die chinesische Aufholjagd begann zwischen 2000 und 2005; 2015 überholten die Chinesen die EU, deren Kurve seither nur geringfügig steigt. Die USA sind (Stand Dezember 2024) nach wie vor führend. Und die Schweiz? Zwischen 2018 und 2022 stiegen die Trägerbeiträge an alle universitären Hochschulen um 6,4 Prozent, in Basel um lediglich um 0,6 Prozent. Die Beiträge nach Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFGK) stiegen um 2,3 (Schweiz) beziehungsweise um 4,6 Prozent (Basel). Die Beiträge nach der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) stiegen schweizweit um 5,5 Prozent, in Basel nahmen sie aber um 3,3 Prozent ab. Insgesamt stiegen so die Beiträge der Öffentlichen Hand zwischen 2018 und 2022 in Basel um 0,7, in der Schweiz auf 6,4 Prozent. Das Bild spiegelt die wie in anderen Bereichen unterschiedlichen Strukturen in den Kantonen und beim Bund. Für Forschungsprojekte benötigen alle Hochschulen Projektbeiträge. Im Jahr 2023 betrug die Summe 193,9 Mio. Franken. 57 Prozent davon stammten vom Schweizerischen Nationalfonds, der Rest aus anderen Quellen.

Höhere Studiengebühren?

Aktuell laufen wieder Diskussionen um die Studiengebühren, teils wird gefordert, diese für Studierende aus dem Ausland zu ver-

Lucius Burckhardt – Auto-Kritiker der ersten Stunde

Seit dem 29. Januar beherbergt die Universitätsbibliothek Basel eine Ausstellung mit dem Titel «sehend denken», die dem Basler Intellektuellen und Forscher Lucius Burckhardt sowie seiner Frau und Mitstreiterin Annemarie Burckhardt-Wackernagel gewidmet ist. Den Anstoss dazu gab sein 100. Geburtstag vom 12. März, gestorben ist er 2003. Lucius Burckhardt war sehr vielseitig und engagierte sich als Natur- und Landschaftsliebhaber sowie als Stadtplaner. Er wird in einem Zeitungsporträt als «einer der originellsten Intellektuellen» beschrieben. Ihm, dem Auto-Kritiker der ersten Stunde und Buchautor, ist es zu verdanken, dass keine «Talentlastungsstrasse» mitten durch die Basler Altstadt geschlagen wurde. «Ohne seinen Widerstand stünde heute auf dem Marktplatz ein riesiges Warenhaus», ist in einer Besprechung zu lesen. Burckhardt promovierte bei Karl Jaspers und lehrte später in Deutschland und an der ETH. In der neuen Ausstellung, die bis zum 13. August dauert, geht es um Landschaft, um die Wahrnehmung von Landschaft und ums Spaziergehen darin. Burckhardt hat das Spaziergehen zur Wissenschaft erhoben und sie auf Englisch als «strollology» bezeichnet.

upl

doppeln. Die Ausgangslagen sind auch hier überall anders. Basel (850 Fr.), Genf und Lausanne (je 500 Fr.) machen keinen Unterschied zwischen Studierenden aus dem In- oder dem Ausland. Andere wie Bern oder Freiburg kennen einen moderaten Zuschlag um die 20 Prozent. Signifikant höher ist er in St. Gallen (1229/3129 Fr.). Doppelt so hoch sind die Gebühren für ausländische Studierende an der Università della Svizzera Italiana (2000/4000). Bei den beiden Bundeshochschulen ETH und EPF ist gar eine Verdreifachung in Vorbereitung.

Die möglichen Auswirkungen werden unterschiedlich wahrgenommen. So verfügt Basel über eine enge Nähe zum süddeutschen Raum. Matthias Geering befürchtet, dass süddeutsche Studierende, die wegen des guten Rufs der Uni Basel hier studieren wollen und sich dies knapp leisten können, bei einer Verdoppelung der Gebühren nicht mehr mithalten könnten. Für die finanzielle Lage der Uni Basel wäre ein solches Szenario nachteilig und könnte eine Negativspirale in Gang setzen: Weniger Studierende bringen weniger Mittel, bringen ein schlechteres Angebot, bringt wiederum weniger Studierende und so weiter. Bei der ETH und der EPF mit ihren internationalen Spitzenrängen sind Studienplätze derart begehrt, dass auch eine massive Erhöhung kaum einen Rückgang der Studierendenzahlen zur Folge hätte. Das stimmt aus Zürcher Sicht verständlicherweise gar nicht: Bei einer durch den ETH-Rat durchgeführten Umfrage bei Studierenden, ob sie bei Semestergebühren von 2190 Franken (dreimal mehr als für Schweizer) eine andere Hochschule gewählt hätten, antworteten 31 Prozent mit Ja; 51 Prozent gaben an, in einem solchen Fall auf Stipendien angewiesen zu sein. Nur 32 Prozent bestätigten, dass sie mit Sicherheit gleichwohl die ETH gewählt hätten. Die Gebührenfrage ist tückisch.

Das vorgesehene Podium bot zu vorge-rückter Stunde kaum mehr Zeit für vertiefende Diskussionen. Universitätsratspräsident Beat Oberlin und der Uni-Vertreter Matthias Geering konnten einige Fragen klären. Betont wurde die Bedeutung der paritätischen Trägerschaft, die nur mit einer paritätischen Führung funktionieren kann. Nicht in Frage komme «ein Tandem, bei dem einer lenkt und der andere nur mittreten kann». Für Beat Oberlin ist es wichtig, das Vertrauen der Bevölkerung in die Universität und in ihre wissenschaftlichen Standards bewusst zu stützen.

Drei Aspekte der FUB-Vereinsversammlung

Marc Rohner neu im Vorstand

Aus dem Vorstand des Fördervereins Universität Basel verabschieden sich zwei langjährige Mitglieder: FUB-Vizepräsidentin Brigitte Jäggi stellt nach ihrer Pensionierung als Rektorin des Gymnasiums Muttenz ihr Amt zur Verfügung. Sie wurde 2018 in den Vorstand gewählt und leitete als Vize nach dem plötzlichen Tod von Urs Wüthrich den Verein interimistisch. Marc Joset, der für die Veranstaltungen zuständig war, ist als Präsident des Seniorenrats Baselland neu auch Delegierter des Dachverbands. Er gehörte zehn Jahre dem FUB-Vorstand an. Die restlichen Mitglieder, angeführt von Präsident Marcel Tanner, wurden bestätigt. Als Vertreter der abgebenden Schulen wurde Marc Rohner (46), der Rektor des Gymnasiums Oberwil, mit Akklamation gewählt. An seiner konstituierenden Sitzung vom 27. Januar wählte der Vorstand Grossrätin Catherine Alioth zur neuen Vizepräsidentin. Damit setzt sich der neue Vorstand wie folgt zusammen: Marcel Tanner (Präsident), Catherine Alioth (Vizepräsidentin), Peter Manzoni (Kassier, Aktuar), Robert Sum (Protokoll), Désirée Stutz (Homepage), Jürg Gohl (UniPLUS), Sven Inäbnit, Conrad E. Müller, Marc Rohner, Béatrice von Sury, Heiner Vischer.

In enger Absprache mit der Universität

Präsident Marcel Tanner ging in seinem Jahresbericht auch auf verschiedene einschneidende Ereignisse für die Universität Basel ein, etwa den neuen Uni-Vertrag, das Nein des Baselbieter Landrats zum Beitrag an Swisspeace, die Diskussionen um den neuen Uni-Vertrag der beiden Trägerkantone und die Pro-Palästina-Demonstrationen an der Universität selber. Zudem wird ihre Rolle als Volluniversität in Frage gestellt. Wie soll sich der Förderverein in solchen Situationen verhalten? Soll er sich mit Stellungnahmen an die Öffentlichkeit wenden? Das zwingt den FUB dazu, seine Rolle («der Universität dienend») und seine Verantwortlichkeiten zu überprüfen, sagte er.

Tanner führte aus, dass sich der Vorstand im zurückliegenden Vereinsjahr (2023/24) sehr wohl intensiv und kontrovers mit diesen Fragen auseinandergesetzt hat. Der Verein stehe in diesen Punkten in engem Kontakt mit der Universitätsleitung und den Verantwortlichen für die Kommunikation und habe ihnen in Absprache die Aufgabe überlassen, nach ausser Stellung zu beziehen. Die Universität habe dies «umsichtig und zielgerichtet», intern wie öffentlich, vollzogen. Weiter soll die Zusammenarbeit mit der Freiwilligen akademischen Gesellschaft (FAG) und den AlumniBasel verbessert werden. Marcel Tanner ruft aber alle Mitglieder dazu auf, sich in ihrem Netzwerk und auf persönlicher Ebene für die Anliegen der Universität Basel einzusetzen. Er verweist dabei auch auf sein Editorial im letzten UniPLUS vom vergangenen Oktober.

Sonderausgabe verursacht ein Minus

Die Erfolgsrechnung, die von Peter Manzoni vorgestellt wurde, weist Einnahmen von 11'670 Franken (Budget 11'050) aus. Sie setzen sich je rund zur Hälfte aus Mitglieder- und Gönnerbeiträgen zusammen. Die Aufwendungen summieren sich auf 17'576 Franken (Budget 16'450). Die Mehrausgaben gegenüber dem Budget sind im Wesentlichen auf die Herausgabe einer zusätzlichen dritten Nummer des «UniPlus» zurückzuführen, das im Sommer 2023 zu «50 Jahre Mitträgerschaft des Baselbiets» erschienen ist. Verschlechtert haben sich auf der Seite der Einnahmen auch die Mitglieder- und Gönnerbeiträge. Somit ergibt sich ein Ausgabenüberschuss von 5882 Franken (Budget 5400). Immerhin konnten dank gezielter Aktionen an der Vereinsversammlung rund 40 neue Mitglieder vermeldet werden. Die Mitgliederwerbung soll weiter intensiviert werden.

Das Reinvermögen des Vereins beträgt nach Verrechnung dieses Defizits 11'584 Franken. Die Mitglieder genehmigten die Rechnung einstimmig und stimmten auch dem Budget 2024/25 zu. Dieses schliesst bei unveränderten Einnahmen mit einem geringeren Ausgabenüberschuss von 2300 Franken ab.

Herbstanlass von FAG, FUB und AlumniBasel: Hochschulpolitik – Verantwortung von Bund und Kantonen

Den Bildungs- und Forschungsstandort Schweiz stärken

«Hochschulpolitik – Verantwortung von Bund und Kantonen». So war die Einladung zum gemeinsamen Herbstanlass der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft (FAG), der Alumni-Organisation der Universität Basel und des Fördervereins der Universität Basel (FUB) überschrieben, der im vergangenen Oktober Biozentrum stattfand. Ziel des Anlasses, der jedes Jahr abgehalten wird, war es zu beurteilen, welche Rolle diese Akteure spielen müssen, um die hohe Qualität des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Schweiz, insbesondere der Universität Basel, zu erhalten und auszubauen.

Dr. Caspar Zellweger, Vorsteher der FAG, betonte, dass obwohl der Titel der Einladung die Verantwortung von Bund und Kantonen hervorhob, die Universitäten selbst eine zentrale Rolle in der Hochschulpolitik spielen. Er beschrieb diese Politik als das «Biotop», das die Universitäten umgibt, und unterstrich die institutionelle Verantwortung des Bundes sowie der beiden Trägerkantone, die vergleichbar, aber von grösserem Ausmass sei als die der veranstaltenden Gesellschaften.

Martina Hirayama, Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation, erläuterte aus Sicht des Bundes, dass seine Aufgabe darin bestehe, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die Hochschulen optimal entwickeln können und der BFI-Standort Schweiz gefördert wird. Sie hob hervor, dass ein bedeutender Anteil der Schweizer Studierenden an international hochrangierten Universitäten studiert. Frau Hirayama beschrieb die verschiedenen Organe im Hochschulbereich und betonte den Bottom-up-Fokus des Bundes in der Forschungs- und Innovationsförderung. Sie wies jedoch auch auf die finanziellen Herausforderungen des Bundes hin, die zu Sparmassnahmen im BFI-Bereich führen. Ein wichtiges Ziel sei die Entflechtung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Kantonen bis Ende 2027. Im Bereich der Lehre betonte sie die Autonomie der Hochschulen und die Zuständigkeit der Kantone.

Regierungsrätin Monica Gschwind, Vorsteherin der Baselbieter Bildungs-, Kultur-

und Sportdirektion, legte den Fokus auf die Perspektive der Kantone und das gemeinsame Ziel, die Universität Basel zu fördern und zu unterstützen. Die FDP-Politikerin präsentierte drei Kernanliegen an den Bund: Erstens eine Erhöhung der Bundesbeiträge an die Grundfinanzierung der Universitäten von derzeit 20 auf 30 Prozent, analog zu den Fachhochschulen. Sie argumentierte, dass der gegenwärtige tiefe Bundesbeitrag und die Berechnungsmethode forschungsstarke Universitäten benachteiligen und die finanzielle Belastung der Trägerkantone massiv sei. Zweitens die Förderung von mehrkantonalen Trägerschaften durch Anreize des Bundes, um die Last auf mehrere Kantone zu verteilen, da die Universitäten eine regionale Bedeutung über die Trägerkantone hinaus haben. Drittens eine stärkere Koordination zwischen den Hochschulen durch den Bund unter Wahrung der Autonomie der Universitäten, insbesondere in Bereichen wie Studiengebühren.

In der anschliessenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von **Jean-Luc Nordmann**, dem ehemaligen FUB-Präsidenten, betonten die Podiumsgäste, darunter **Ständerat Benedikt Würth**, Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, und **Prof. Thomas Grob**, Vizerektor Lehre, die Komplexität der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen sowie die finanziellen Herausforderungen. Benedikt Würth regte an, die Finanzierungsmechanismen zu überprüfen. Thomas Grob hob die Bedeutung der Schweizer Universitäten im inter-

nationalen Wettbewerb und die steigenden Kosten der Forschung hervor. Er sprach sich für eine stärkere Koordination in teuren Forschungsbereichen und bei nationalen Aufgaben wie dem Medizinstudium aus. Die Diskussion berührte auch die Themen Studiengebühren und Chancengleichheit.

Aus dem Publikum kamen Fragen zur aktuellen finanziellen Lage der Universitäten, zur Finanzierung des Medizinstudiums und zur Rolle des Bundes in der interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV). Martina Hirayama wies auf Fördermöglichkeiten in der Forschung hin und betonte die Autonomie der Kantone in der Lehre. Benedikt Würth erläuterte die Funktionsweise des Finanzausgleichs und die Hintergründe der IUV.

Dr. Roland P. Bühlmann, der Präsident der AlumniBasel, fasste die zentralen Punkte des Abends zusammen. Er hob die hohe Qualität der akademischen Ausbildung in der Schweiz hervor und wies auf die Herausforderungen bei der Finanzierung des Medizinstudiums und der Studiengebühren hin.

Der Herbstanlass 2024 verdeutlichte die vielschichtigen Verantwortlichkeiten von Bund und Kantonen in der Hochschulpolitik und die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen, um den Bildungs- und Forschungsstandort Schweiz zu stärken.

dab

Wieder im Horizon-Programm

Seit Jahresbeginn darf die Schweizer Forschung wieder zuoberst mitspielen. Das gab die EU unmittelbar vor Weihnachten bekannt. Als Druckmittel für die EU-Verhandlungen waren die Schweizer Universitäten aus dem Horizon-Programm gestrichen worden. Nun können sich Forscherinnen und Forscher wieder um Unterstützung bewerben. Das Interesse daran sei sehr gross. In einem Abschiedsinterview sagte die zurückgetretene Bundesrätin Viola Amherd: «Als die Schweiz nicht mehr zum Forschungsabkommen zugelassen war, wurde mir besonders vor Augen geführt, dass wir auf gute Aussenbeziehungen angewiesen sind. Der Ausschluss hatte gravierende Folgen für die Wissenschaft und für die jungen Menschen in Ausbildung.»

upl

Höchststand bei Studierenden

Noch nie haben so viele Personen an der Universität Basel studiert wie im laufenden Herbstsemester. Insgesamt schrieben sich 13'325 Studierende und Doktorierende für ein Studium ein, wie die Universität Basel im Dezember mitteilte. Der Höchststand sei auf das kontinuierliche Wachstum der letzten Jahre und einen Rekord bei den Eintritten auf Masterstufe zurückzuführen. So nahmen die Zahl der Mastereintritte um 132 auf 583 gegenüber dem Vorjahr zu. Die Zahl der Eintritte ins Bachelorstudium ist, verglichen mit dem letzten Jahr, praktisch gleichgeblieben: Im vergangenen Herbst haben 1762 Studienanfängerinnen und -anfänger ihr Studium aufgenommen (2023: 1755). Die Eintritte auf Master- und Doktoratsstufe bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau, wobei die Mastereintritte mit 583 gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich angestiegen sind (2023: 451). Der Frauenanteil unter den Studierenden und Doktorierenden beträgt laut Mitteilung 58 Prozent. Im Jahr 2002, als 3957 Studenten und 4082 Studentinnen gezählt wurden, lagen die Frauen in dieser Statistik erstmals vorne. Seither bauen sie den Vorsprung aus. Nach wie vor ziehen die Studentinnen die Geistes- und Sozialwissenschaften vor und liegen auch in der Medizin und der Pharmazie vorne, doch haben die Frauen auch in den Rechts- und in den Wirtschaftswissenschaften stark aufgeholt. Fachrichtungen wie Geowissenschaften und Chemie erzielen über alle Geschlechter betrachtet sogar einen Zuwachs im zweitstelligen Prozentbereich. Die vier Nordwestschweizer Kantone stellen knapp mehr als die Hälfte der Studierenden, Baselland hat mit 20,7 Prozent den höchsten Anteil.

Prüfungen wegen ESC früher

Wegen des Eurovision Song Contests muss die Universität Basel ihre Prüfungen vorverlegen. Diese hätten ursprünglich zur gleichen Zeit wie die ESC-Woche (10. Bis 17. Mai) stattfinden sollen. Betroffen davon ist die Philosophisch-Historische Fakultät. Die Bachelorprüfungen finden neu bereits am 5. Mai statt und werden digital im Universitätsnetz durchgeführt. Gleich mehrere Gründe gaben dazu den Ausschlag: In den vergangenen Jahren kam es im Zusammenhang mit dem ESC gehäuft zu Cyber-Attacken auf die Gastgeber-Städte. Zudem werden chaotische Tage im Öffentlichen Verkehr erwartet, und Probleme mit der Stromversorgung sind nicht auszuschliessen. Die Universität will all

diese Risiken ausschliessen. Auch die Basler Regierung warnt vor Cyberangriffen.

Ertragsausfälle kompensieren

Um für das laufende Jahr ein ausgeglichenes Budget vorlegen zu können, muss die Universität Basel auf ihre Reserven zurückgreifen. Weniger Beiträge von den Kantonen, die nicht Träger sind, und vom Bund zwingen dazu, 44,4 Millionen Franken aus den Rücklagen zu nehmen. Die Universität rechnet für 2025 mit einem operativen Aufwand von 597,2 Millionen Franken, davon 283,3 Millionen für den Personal-, 90,8 Millionen für den Betriebs- und 93,6 Millionen Franken für den Raumaufwand. Weitere 88,5 Millionen Franken sind für Lehre und Forschung in klinischer Medizin in den universitären Kliniken vorgesehen. Der Ertrag aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit wurde mit 556,8 Millionen Franken budgetiert, heisst es in einer Mitteilung. Als Beiträge der öffentlichen Hand seien 516,4 Millionen Franken eingeplant.

Emma Hodcrofts Einfluss



Das renommierte Fachmagazin «Nature» hat Prof. Dr. Emma Hodcroft, Assistenzprofessorin an der Universität Basel und Gruppenleiterin am Swiss TPH, als eine von drei Personen genannt, die man 2025 im Auge behalten sollte, wenn es darum geht, die Wissenschaft zu gestalten. Die Molekularepidemiologin aus Norwegen ist Mitbegründerin von Panthoplexus, einem gemeinschaftsbasierten Open-Source-Hub für den Austausch von Genomen viraler Krankheitserreger. Sie sagte in einer ersten Reaktion, dass sie sich sehr geehrt fühle, in die Liste «Ones to watch 2025» von «Nature» aufgenommen zu werden. «In einer Zeit, in der aktiv Fehlinformationen verbreitet werden, ist es wichtiger denn je, eine offene Wissenschaft und zugängliche Daten zu fördern. Ich bin stolz darauf, Teil einer unglaublichen Gruppe von Menschen zu sein, die dies möglich machen», wird sie vom Pressedienst der Universität Basel zitiert. Neben ihr werden von «Nature» noch zwei Männer, die wir 2025

beobachten sollen, aufgelistet: Mark Thomson, Generaldirektor des Cern in Genf, und zudem US-Präsident Donald Trump.

Paul Bucherers Ehrendoktor

Am Dies academicus vom 29. November 2024 hat Paul Bucherer von der Universität Basel die Ehrendoktor-Würde der geisteswissenschaftlichen Fakultät verliehen erhalten. Paul Bucherer wurde für seine Afghanistan-Sammlung ausgezeichnet, die er zusammen mit seiner im vergangenen Jahr verstorbenen Frau Veronika Bucherer-Dietschi aufgebaut und geführt hatte. Damit wird das Lebenswerk und das jahrzehntelange Engagement des Ehepaars zum Aufbau der Sammlung Bibliotheca Afghanica gewürdigt. Das Ehepaar gründete 1975 ein Dokumentationszentrum zur Bewahrung und Erforschung der afghanischen Kultur und richteten ab 2000 in Bubendorf das Afghanistan-Museum mit weltweit einzigartigen Beständen ein, um sie vor der Zerstörung durch den Krieg zu retten. Ebenfalls zum Ehrendoktor ernannt wurde Rolf Soiron, der sich in der Wirtschaft und als ehemaliger Präsident des Universitätsrats engagiert und sich einen Namen gemacht hat. Mit der Auszeichnung wolle man Soirons «Einsatz für das Gedeihen der Universität und der Psychologie» würdigen, heisst es. Auch der Theologe Dietrich Korsch, der Jurist Paul Eitel, der Biochemiker Roland Bühlmann, Elektroingenieur Michael Steinacher und der Wirtschaftswissenschaftler Andrei Alexandrovich Levchenko haben die Ehrendoktorwürde erhalten.

Beat Oberlins Nachfolge

Am 31. Dezember endet die fünfjährige Amtsperiode des aktuellen Universitätsrats und damit auch die Amtszeit von Dr. Beat Oberlin, des aktuellen Präsidenten. Der ehemalige Chef der Basellandschaftlichen Kantonbank hat per 1. Januar 2020 den früheren Basler Regierungsrat Ueli Vischer als Präsidenten des höchsten Aufsichtsorgans beerbt. Dieses besteht aus elf Mitgliedern, die hauptsächlich von den Regierungen der beiden Trägerkantone gewählt werden. Turnusgemäss folgt auf Oberlin ein Vertreter oder eine Vertreterin aus Basel-Stadt. Die beiden Regierungen haben die Stelle, die sie mit einem 30-Prozent-Pensum dotieren, offiziell ausgeschrieben.

Von Tokio nach Basel: Yukiko Tomooka forscht am DBE

«Roboter kann sich im Körper bewegen»



Yukiko Tomooka an der Arbeit im BIROMED-Lab.

Seit bald drei Jahren forscht die Japanerin Yukiko Tomooka im BIROMED-Lab des Departments of Biomedical Engineering (DBE) an chirurgischen Robotersystemen. Sie ist in der Nähe von Tokio, in Tsukuba, aufgewachsen. An der Hokkaido University hat die jetzige PhD-Studentin einen Bachelor und Master in Mechanical Engineering erlangt.

Frau Tomooka, können Sie uns Genaueres über Ihr aktuelles Forschungsprojekt erzählen?

Meine Gruppe entwickelt einen Miniaturroboter, der mittels Laserstrahl Knochen schneiden kann. Der Vorteil dieses Verfahrens liegt in der höheren Präzision und der feineren Schnittbreite im Vergleich zu herkömmlichen Knochensägen. Der Schnitt muss nicht zwingend gerade sein, sondern kann auch Kurven und Ecken enthalten. Das Besondere an unserem Roboter ist, dass der Kopf, der die Laserquelle enthält, nur wenige Zentimeter gross und an einer beweglichen Achse befestigt ist. Minimale Einschnitte genügen, um das Gerät in den Körper einzuführen. Durch die bewegliche Achse und einen Mechanismus mit zwei winzigen aufblasbaren Ballons kann sich der Roboter im menschlichen Körper bewegen und sich richtig positionieren, um den Knochen zu schneiden.

Wie sind Sie zu der Stelle im BIROMED-Lab in Basel gekommen?

Schon während des Studiums hatte ich den Wunsch noch zu promovieren, in Japan sind PhD-Programme jedoch grösstenteils unbezahlt. Deshalb habe ich nach meinem Masterabschluss erst fünf Jahre für Canon Medical Systems Corporation gearbeitet, um mir das weitere Studium finanzieren zu können. Als ich mich dann nach einer Doktoratsstelle umsah, war für mich der Ort ne-

bensächlich; ich wollte vor allem eine spannende und sinnvolle Arbeit. Die Forschungsprojekte des BIROMED-Labs haben mich begeistert, deshalb habe ich mich beworben, obwohl keine Stelle frei war. Ich erhielt ein Stipendium vom Bund, das meine Arbeit mitfinanziert, sodass mich das BIROMED-Lab trotzdem einstellen konnte.

Und wie gefällt es Ihnen in Basel im Allgemeinen?

Basel hat eine ruhige, angenehme Atmosphäre. Die Grösse der Stadt ist für mich perfekt; es ist nicht überfüllt oder hektisch und bietet alles, was ich brauche. Besonders schätze ich, dass ich in Fachgeschäften die Zutaten für japanische Gerichte finde.

Inwiefern unterscheidet sich die Universität Basel von der Hokkaido University?

In Basel gehört das Department für Biomedical Engineering zur medizinischen Fakultät und nicht zu den Ingenieurwissenschaften, wie es in Hokkaido der Fall ist. Dies bietet mir die wertvolle Möglichkeit, den Miniaturroboter in enger Zusammenarbeit mit Ärztinnen und Ärzten zu entwickeln, sodass ich einen besseren Einblick in dessen praktische Anwendung erhalte. Speziell ist für mich ausserdem, dass die verschiedenen Fakultäten der Universität Basel in der ganzen Stadt verteilt sind, während in Hokkaido alles auf einem grossen Campus vereint ist. Ich habe von der Geschichte der Uni Basel gehört und gelernt, dass die verschiedenen Standorte die Kollaboration mit der Industrie stärken.

Wie sehen Ihre Zukunftspläne aus?

Im Oktober werde ich für einen dreimonatigen Austausch an die Hokkaido University zurückkehren, wo ich mein in Basel erworbenes Wissen anwenden werde. Danach werde ich mein PhD-Studium im BIROMED-Lab weiterführen und abschliessen. Was ich danach machen werde, weiss ich noch nicht genau, aber ich möchte auf jeden Fall im Bereich Biomedical Engineering weiterforschen.

juk

**Werden Sie Mitglied
des Fördervereins
Universität Basel**



impressum

Herausgeber

Förderverein Universität Basel,
Peter Manzoni
Postfach 204
4009 Basel
fub.sekretariat@gmail.com

Präsident

Prof. Dr. Marcel Tanner

Redaktion

Jürg Gohl
juerg.gohl@bluewin.ch

Beiträge

Dr. Davina Benkert (dab), Jürg Gohl (jg),
Julia Kaufmann (jka), Ruedi Messerli (m),
Marcel Tanner, Redaktion Uniplus (upl)

Fotos

Christian Flierl (Seiten 1 und 6), zvg (3),
Ruedi Messerli (4), upl (7), Reinhard
Wendler (8)

Gestaltung / Satz / Bildbearbeitung

Patrick Sayer Grafik, Binningen
info@sayer.ch

Druck

Druckerei Bloch AG
Auflage dieser Ausgabe: 1150 Ex.

Website

www.foerderverein-unibasel.ch

zu guter Letzt

Weizenbier gegen Delirium

Ist Bier per Magensonde an Patientinnen und Patienten auf der Intensivstation zu verabreichen, um einen Delir-Zustand zu verhindern, eine Bieridee? «Nein», sagt Prof. Dr. Martin Siegemund, Chefarzt der Intensivstation des Universitätsspitals Basel. Ein Delir geht einher mit Desorientierung, Halluzinationen und Wahnvorstellungen und tritt bei vielen älteren Patienten auf. Er ist gefährlich und belastend. Nun wird auf der Intensivstation Patientinnen und Patienten per Magensonde Weissbier verabreicht in der Hoffnung, dass so ein Delir abgewendet werden kann. Denn möglicherweise ist die Verwirrtheit auf die Alkohol-Absstinenz zurückzuführen. Wenn dank Weissbier ein Delir verhindert werden kann, erspart dies viel Leid und Kosten. Das Bier erleichtert das Einschlafen und hat sedierende Wirkung.

upl